

Kurz-Befragung: Wie sich die ÖVP die Strafprozessordnung zurechtbiegt

Einst wurde der Paragraph 101 der österreichischen Strafprozessordnung geschaffen, um zu verhindern, daß weisungsgebundene Staatsanwälte bei politischen Prozessen in ihrer Arbeit nur eingeschränkt arbeiten können. Die Volkspartei dreht jetzt den Spieß um und räumt sich damit eine kritische Ermittlungsbehörde aus dem Weg.

Nicht jeder ist vor dem Gesetz gleich

Statt sich wie jeder andere Bürger der ermittelnden Behörde zu stellen und dieser die Möglichkeit zur Befragung zu den strafrechtlichen Vorwürfen zu geben, kann sich der beschuldigte ÖVP-Chef dank seinem findigen Rechtsberater einem Verhör entziehen. Experten wie der Leiter der Grazer Staatsanwaltschaft Dr. Thomas Mühlbacher sprachen schon in der Vergangenheit von einer dadurch vorhandenen „Zwei-Klassen-Justiz“. Uni-Wien-Professor Franz Höpfel und der 1. Staatsanwalt der burgenländischen Landeshauptstadt Eisenstadt sehen in der aktuellen Ausgestaltung des „Kanzler-Paragraphen“ einen „Beigeschmack des Misstrauens gegenüber der Staatsanwaltschaft“.

Extra Regelung auch bei der Anwaltswahl

Vollkommen unter geht bei der gesamten Debatte der Fakt, daß noch vor nicht allzu langer Zeit der von der FPÖ nominierte Medienrechtler Michael Rami seine Tätigkeiten für die Freiheitlichen aufgeben mußte, um als Verfassungsrichter keinerlei Anschein von Befangenheit zuzulassen. Umgekehrt gelten derartige Regeln nicht für die Volkspartei: Kurz-Anwalt Werner Suppan ist ebenfalls (Ersatz-)Mitglied des Höchstgerichts.

28-Jähriger soll zwei Frauen in Wien-Favoriten getötet haben

Wegen eines Streits wurde die Polizei heute Nachmittag nach Wien-Favoriten gerufen. Als die Beamten bei der betroffenen Wohnung ankamen, fanden sie zwei leblose Frauen und einen 28-jährigen Mann vor.

Mordalarm in Wien-Favoriten: Ein 28-Jähriger soll zwei Frauen getötet haben. Laut Polizei wurde die Exekutive am Montagnachmittag zu einer Streitschlichtung gerufen, wo sie den Somalier traf, der angab, zwei Frauen in einer Wohnung umgebracht zu haben. Die Beamten fanden gegen 16.00 Uhr die beiden Opfer (35 und 37 Jahre) blutüberströmt am Boden liegen. Der mutmaßliche Täter wurde festgenommen.

Die Opfer, die ebenfalls somalische Staatsbürgerinnen waren, wurden laut Zeitungsberichten erstochen. Die Tatwaffe, ein Messer, wurde sichergestellt.

28-Jähriger war stark betrunken

Laut Ermittlerkreisen soll bei dem 28-Jährigen eine massive Alkoholisierung (2,2 Promille) vorliegen. Der Verdächtige dürfte so beeinträchtigt sein, daß eine Einvernahme zunächst nicht möglich war. Entsprechend wenig Informationen konnte die Polizei an die Medien weitergeben.

Ex-Frau und Freundin getötet

Laut Nachbarn soll es sich bei einem der Opfer um die Ex-Frau des Somaliers handeln, mit dem er eine vierjährige Tochter haben soll. Diese war aber während der Tat nicht zu Hause, sondern im Kindergarten. Das Mädchen wurde in die Obhut des Jugendamts übergeben. Die zweite Getötete soll die neue Freundin des mutmaßlichen Täters gewesen sein, die öfters zum Essen und Beten in der Wohnung in Favoriten war, berichteten Nachbarn.

Asylberkennungsverfahren eingestellt

Der Somalier, für den die Unschuldsvermutung gilt, war laut Ermittlerkreisen asylberechtigt. Gegen ihn gab es bereits zwei Anzeigen, eine davon wegen eines Sexualdelikts. In beiden Fällen wurde ein Asylberkennungsverfahren eingeleitet, das aber jeweils eingestellt wurde, als auch die Verfahren wegen der Anzeigen eingestellt wurden. Beim Täter soll eine Psychose vorliegen, hieß es aus Ermittlerkreisen.

**Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß
ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und
sie eine Lüge nennt, der ist ein
Verbrecher.**

Bertolt Brecht

Ex-Neos-Chef kassiert in einem Jahr **120.000 Euro von Faßmann-** **Ministerium!**

Medien haben Ende Juli über die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage des FPÖ-Abgeordneten Christian Lausch berichtet, aus der hervorging, daß der ehemalige Neos-Obmann Matthias Strolz vom Bildungsministerium 48.000 Euro für Beratertätigkeiten kassiert hat.

Nochmals fest abkassiert!

Nun wurde durch die Beantwortung einer weiteren Anfrage – diesmal durch den FPÖ-Abgeordneten und Generalsekretär Michael Schnedlitz – bekannt, daß Strolz auch noch einen zweiten Auftrag hat, bei dem er sogar sage und schreibe 72.242 Euro kassiert. Konkret für die Tätigkeit „Konzeption und Begleitung Stakeholder-Tour zu Pädagogik-Paket und Lehrpläne Neu“. Da fragt man sich, was die vielen hohen Beamten im Bildungsministerium eigentlich tun.

Somit erhält Strolz in einem Jahr 120.000 Euro plus Spesen durch das Ministerium unter ÖVP-Minister Heinz Faßmann. Direkt schon ein Ministergehalt! Skurril, daß ausgerechnet eine derart teure Beratung notwendig war, wo man doch weiß, daß die „Pinken“ bildungspolitisch keinerlei Kompetenz haben.

Hat sich Kurz feige vor der Debatte im **Nationalrat gedrückt?**

FPÖ-Parteichef Herbert Kickl sagte heute, Dienstag, in seiner Parlamentsrede, daß sich Sebastian Kurz feige vor der Debatte im Nationalrat gedrückt habe. Tatsächlich war Kurz, nachdem er gestern offenbar zum Klubobmann der ÖVP gewählt wurde, gar nicht im Hohen Haus aufgetaucht.

Mandat noch nicht in Anspruch genommen

Herbert Kickl fragte deshalb den jetzt stellvertretenden ÖVP-Klubobmann August Wöginger:

Wo ist denn ihr neuer Lehrling, ihr Praktikant? Hat er vergessen, an der Sitzung teilzunehmen?

Hintergrund des Fehlens von Kurz: Offensichtlich hat er sein Mandat im Nationalrat noch gar nicht in Anspruch genommen. Sonst hätte er den sogenannten Wahlschein längst angefordert, der dafür Voraussetzung ist. Dieser Wahlschein wird für einen gewählten Mandatar, der dieses Amt nicht ausübt, weil er gerade in der Regierung ist, im Bundesministerium für Inneres (BMI) verwahrt.

BMI wartet auf Erklärung von Kurz

Scheidet dieser Mandatar, in diesem Fall Kurz, aus der Regierung aus, müßte dieser bei der Bundeswahlbehörde im BMI die Erklärung abgeben, daß er sein Mandat im Nationalrat ausüben will. Dafür hat er eine Frist von acht Tagen. Sollte diese Erklärung bis dahin nicht einlangen, muß die Behörde im BMI amtswegig tätig werden und den Wahlschein an das Parlament übermitteln.

Die Erklärung von Kurz fehle bis dato, wie der Ressortsprecher des Innenministeriums gegenüber „*unzensuriert*“ sagte. Was kann man davon halten? Ist es wieder einmal ein Täuschungsmanöver von Kurz oder war er wirklich zu feig, sich als Abgeordneter der Debatte über die Trümmer seiner Kanzlerschaft im Nationalrat zu stellen?

Erste Verhaftung im Kurz-Krimi

Alles ist in diesen Tagen der türkisen Taschenspielertricks möglich. Vor allem nach der Verhaftung jener Meinungsforscherin, die für die ÖVP Umfragen gefälscht haben soll, die dann gegen Geld in einer (oder mehreren) Zeitung(en) platziert worden sein sollen. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Vielleicht geht Kurz überhaupt nicht ins Parlament und bastelt – wie es FPÖ-Parteichef Kickl in seiner Parlamentsrede andeutete – bereits an einer „Liste Kurz“. Dafür würde sprechen, daß mit Günther Platter der erste mächtige ÖVP-Landeshauptmann auf Distanz zu Kurz geht.

Nach ÖVP-Skandal – Opposition **beschließt U-Ausschuß**

Nach den Ermittlungen rund um die ÖVP hat sich die Opposition auf einen neuen U-Ausschuß geeinigt.

Erst im Juli ging der Ibiza-Untersuchungsausschuß zu Ende. Jetzt steht Österreich ein neuer U-Ausschuß bevor. Nach dem ÖVP-Skandal haben sich die Oppositionsparteien SPÖ, FPÖ und NEOS auf einen neuen geeinigt.

Jan Krainer, Fraktionsführer der SPÖ im Ibiza-U-Ausschuß, Christian Hafenecker, FPÖ-Fraktionsführer im Ibiza-U-Ausschuß, und der stellvertretende Klubobmann der NEOS, Nikolaus Scherak, präsentierten am Mittwoch das gemeinsame Verlangen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Neue Korruptionsvorwürfe und Chat-Protokolle

Die Vorwürfe gegen die ÖVP und den zurückgetretenen Bundeskanzler Sebastian Kurz werden Thema des neuen Ausschusses im Parlament sein. Dabei wird es voraussichtlich nicht nur um die Korruptionsvorwürfe gehen, sondern auch um den in den Chats bekannt gewordenen Umgangston.

Bereits am Wochenende hatten alle Parteien angekündigt, einen weiteren U-Ausschuß einsetzen zu wollen. Dabei soll es auch über die aktuellen Ermittlungen in der Inseratenaffäre hinaus gehen.

Krainer: „Nur die Spitze des Eisbergs“

Das Projekt trägt den Titel „ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuß“, wie Jan Krainer bei einer Pressekonferenz betonte. Er sprach von mafösen Strukturen und glaubt, daß die ersten Ermittlungen nur die Spitze des Eisbergs seien. Der

Untersuchungszeitraum beginnt mit dem Start der Kanzlerschaft von Sebastian Kurz. Ziel sei es, den U-Ausschuß im ersten Halbjahr 2022 abzuschließen. Dies hänge aber von der Kooperationsbereitschaft der ÖVP ab, meinte Krainer. Er hofft, daß der Ausschuß im November starten kann.

„Die ÖVP hat in die Mechanismen des Staates eingegriffen. Deshalb liegen wir mit diesem U-Ausschuß richtig“, erklärte Christian Hafenecker. Er hofft auf die Mitarbeit der Grünen. Auch das „Projekt Ballhausplatz“ wird Thema im Ausschuß sein.

„Dieses Sittenbild läßt unfaßbar irritiert zurück. Die ÖVP hatte nicht das Wohl Österreichs, sondern den Machterhalt und den eigenen Vorteil im Blick“, so Nikolaus Scherak.

Nehammer erwartet 30.000 irreguläre Migranten

Innenminister Karl Nehammer hat eine striktere Abschiebung von irregulären Migranten aus der EU gefordert und sich erneut gegen eine Aufnahme afghanischer Flüchtlinge ausgesprochen.

Beim Europäischen Polizeikongreß in Berlin sagte Nehammer am Dienstag, Österreich werde heuer bis zu 30.000 irreguläre Migranten aufnehmen müssen, „alternativlos, weil sie über die EU-Außengrenze eingedrungen sind, von niemandem davor aufgehalten worden sind und dann in Österreich landen“.

Nehammer weist Vorwürfe zurück

Nehammer wies den Vorwürfe zurück, daß sich Österreich nicht an die Europäische Menschenrechtskonvention halte, wenn er ankündige, daß man keine Afghanen per Resettlement aufnehme, „weil wir alleine dieses Jahr schon über 2.500 Asylanträge bereits abarbeiten mit Afghaninnen und Afghanen und 5.000 insgesamt offen sind im System“. Von den 44.000 Afghanen, denen Österreich bisher Schutz gewährt habe, seien alle irregulär nach Österreich gekommen. Forderungen nach einer Aufnahme afghanischer Flüchtlinge, wie etwa von Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) angekündigt, wies Nehammer erneut zurück.

Innerhalb der EU forderte der Innenminister eine „faktenbasierte Diskussion“. So sei etwa Luxemburg bei weitem nicht so von Flüchtlingen belastet, wie es sich selbst positioniere. Die EU brauche drei große Handlungsstränge - rasche Asylverfahren an der EU-Außengrenze, rasche Rückführungen und einen glaubwürdigen Außengrenzschutz, sagte Nehammer, der in diesem Zusammenhang einmal mehr heftige Kritik an der EU-Kommission übte, bei der es noch „Luft nach oben“ gebe. So habe die EU-Innenkommissarin Ylva Johansson Litauen nach den jüngsten Migrationsströmen aus Belarus (Weißrussland) zunächst Geld für Aufnahmezentren angeboten. Die litauische Innenministerin habe ihm aber versichert, sie brauche eigentlich Geld für einen Grenzzaun.

Der nicht bei der EU, sondern beim Europarat angesiedelte Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verbiete Österreich auch Zurückstellungen von Migranten nach Ungarn und Griechenland, obwohl andere EU-Staaten nach Österreich zurückstellten, sagte Nehammer. „Auch hier habe ich vermißt, daß mich die EU-Kommission angerufen hätte, um einmal Hilfe anzubieten.“

Österreichische Gesellschaft soll nicht überlastet werden

Als seinen „neuen starken Verbündeten“ bezeichnete Nehammer den dänischen Migrationsminister Mattias Tesfaye. Der frühere Kommunist und jetzige Sozialdemokrat sei „einer der toughesten“. Tesfaye sei es wichtig, daß der soziale Wohlfahrtsstaat Bestand habe. Auch er sehe es als seine Verantwortung für Österreich, die Gesellschaft nicht zu überlasten, sagte Nehammer.

Nehammer bezeichnete die Corona-Pandemie als völlig neue Herausforderung für die Polizeiarbeit. Der Spannungsdruck zwischen Geimpften und Ungeimpften werde weiter steigen, erwartet der Innenminister. Er rief dazu auf, zusammen daran zu arbeiten, „daß unsere Gesellschaft nicht auseinanderbricht“. In Österreich gebe es nicht nur die Gefahr des islamistischen, sondern „mittlerweile haben wir in Österreich auch die Gefahr des rechtsradikalen Terrors“, sagte Nehammer weiter. Dies würden jüngste Waffen-, Munitions- und Sprengstofffunde zeigen.

Opposition übt Kritik

Kritik kam aus den Reihen der Opposition. „Der nationalstaatliche Weg der ÖVP in Sachen Asylpolitik ist zum Scheitern verurteilt. Das zeigt sich daran, daß bei 500.000 Abschiebeentscheidungen in der EU nur ein Drittel auch wirklich zurückgeführt wird“, sagte SPÖ-Sicherheitssprecher Reinhold Einwallner laut Aussendung. Die FPÖ wertete die Aussagen Nehammers als „umfassendes Eingeständnis der eigenen Ratlosigkeit in der Migrationspolitik“. Nehammer fordere „Abschiebungen, für die er selbst als Innenminister zuständig ist, und gibt offen zu, daß er keinen Plan hat, wie er die aktuelle Migrationswelle effektiv bekämpfen soll“, so FPÖ-Sicherheitssprecher Hannes Amesbauer. NEOS-Asylsprecherin Stephanie Krisper warf dem Minister vor, er wolle „den Zugang zu fairen Asylverfahren (...) komplett abschaffen“. „Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, Schutz zu bieten, ist eine staatliche Verpflichtung, aus der man sich nicht einfach so rausreden kann“, betonte sie in einer der APA übermittelten Stellungnahme.

Große Demonstration gegen das Symbolgesetz am Samstag geplant

Durch die Ausweitung des Symbolgesetzes wurde das Lambda, das Symbol der Identitären Bewegung, offiziell in Österreich verboten. Als Protest dagegen fand am Samstag, den 31. Juli, eine große Demonstration in Wien statt.

Friedliche Kundgebung am Albertinaplatz

In Wien fand am Samstag, den 31. Juli, eine patriotische Demonstration statt. Protestiert wird gegen die kürzlich in Kraft getretene Ausweitung des Symbolgesetzes. Alle, die mit dem Gesetz nicht einverstanden sind, werden von den Veranstaltern aufgerufen, sich um 16 Uhr am Albertinaplatz zu versammeln, um friedlich gegen die Regierung ein Zeichen zu setzen.

Lambda auf einer Stufe mit dem IS

Wie „unzensuriert“ berichtete, hat die Bundesregierung das Lambda, da es das Erkennungszeichen der Identitären Bewegung ist, offiziell verboten. Damit wurde das Symbol der friedlichen Bewegung auf eine Stufe mit Symbolen terroristischer Vereinigungen, wie zum Beispiel vom Islamischen Staat, gestellt. Nur die FPÖ hat vehement gegen das Vorhaben im Parlament protestiert.

Kritik von allen Seiten

Das Gesetz hat inzwischen eine Welle an Empörung ausgelöst. Wie „Die Tagesstimme“ berichtete, kritisieren selbst linksliberale NGOs das Verbot. So verurteilte zum Beispiel „epicenter.works – Plattform Grundrechtspolitik“ die Ausweitung scharf:

Die Aufnahme dieser Gruppierungen steht im Konflikt mit den Grundrechten und ist aus diesem Grund abzulehnen. Die Freiheit der Meinungsäußerung sowie die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sind die Grundpfeiler einer funktionierenden und lebendigen Demokratie!

Druck auf der Straße nimmt stetig zu

Die schwarz-grüne Regierung unter ÖVP-Bundeskanzler Sebastian Kurz gerät dabei zunehmend auch von Seiten der Straße unter Druck. Gegen die Corona-Auflagen gab es jüngst in ganz Österreich große regierungskritische Demonstrationen. Trotz eines Demonstrationsverbotes gingen oftmals tausende Menschen auf die Straße, wie zum Beispiel am 31. Jänner, als sogar über 10.000 Bürger aller Schichten sich in Wien versammelten. Das Verbot der besagten Kundgebung wurde dabei, wie in anderen Fällen auch, von den Höchstgerichten nachträglich als rechtswidrig erklärt.

Der WIENER BEOBACHTER verabschiedet sich von seinen treuen Leserinnen und Lesern!

Nach ca. 40 Jahren der Herausgabe des WIENER BEOBACHTERS teilen wir Ihnen mit, daß die Folge 278 die letzte Ausgabe in dieser Form ist. Zukünftig werden wir auf unserer Heimseite <https://www.volksherrschaft.info> unter der Rubrik „Neuigkeiten“ interessante und aktuelle Artikel ins Netz stellen. Wir bedanken uns bei unseren Abonnetten und Lesern für ihre Treue und Spendenfreudigkeit. Denn, ohne die zahlreichen Spenden hätten wir niemals so lange unseren WIENER BEOBACHTER herausgeben können. DANKE!

Lesen Sie auch **KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN**

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

Wiener Beobachter, Folge 278 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.
Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;
e-Post: wienerbeobachter@mail.ru, Internetz: <https://www.volksherrschaft.info>
Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und
Freiheitsrechte aller Völker ein. * Erscheinungsort: Wien *